

Der kleinste gemeinsame Nenner ist in Verruf geraten. Nur nicht nachgeben ist die Devise. Dabei bräuchte die Politik sie sehr: Einigungen. Eine Anleitung.

GUDRUN DORINGER

SALZBURG. Gernot Barth kennt sich aus mit Konflikten und wie man sie beendet. Der Professor für Konfliktmanagement hat schon bei der Deutschen Bahn geschlichtet, bei Kommunalpolitikern, aktuell vermittelt er zwischen Bürgern und Unternehmen, die Hochspannungsleitungen oder Windräder aufstellen wollen. Und er beobachtet, wie SPD und Union auf einen grünen Zweig kommen wollen.

SN: In Österreich und Deutschland ringen künftige Regierungen darum, zusammenzufinden. Das ist nicht leicht in einer fragmentierten, auseinanderdriftenden Gesellschaft. Sie wissen, wie Kompromisse gehen. Worauf kommt es an?

Gernot Barth: Der erste Schritt ist der, dass man auf sich selbst blickt und sich fragt: Wer bin ich denn? Wofür stehe ich? Was ist denn meine Identität? Das geht manchmal im Kampf mit anderen verloren. Die Welt dreht sich so schnell, dass es immer weniger Ruhepunkte gibt, wo man sitzt und überlegt, wofür man steht. Das kann man ja in der Politik auch sehen. Die rasen auch und können kaum sagen, wer sie so ganz genau sind.

SN: Das heißt, es geht mehr ums Streiten als um Lösungen?

Ja, im eskalierten Konflikt vergisst man sich erst recht und zeigt mit dem Finger auf andere. Wir kümmern uns gerade unheimlich viel um Trump. Wir kümmern uns um den anderen Bösen. Das ist Putin. Und in Deutschland kümmert man sich um die AfD. In den Auseinandersetzungen wird viel mehr über die AfD geredet, als darüber, was man als Partei eigentlich will.

SN: Sie starten also mit Selbstfindung. In Einzelgesprächen?

Ja, das ist der erste Schritt. Und das ist schon fast die Lösung. Ich mache immer Einzelgespräche mit Konfliktparteien. Da möchte ich im



Wer kann noch Kompromisse?

Kern herausfinden, was ihre Identität ist in diesem Konflikt. Wenn man mit dem Finger auf andere zeigt, dann zeigen ja immer vier Finger auf einen zurück. Diese Selbstfindung ist in einem eskalierten Konflikt ganz, ganz harte Arbeit. Gerade ist es in der Politik ja so: Wenn die eine Seite sagt, der Himmel sei blau, dann meint die Gegenseite, etwas anderes sagen zu müssen. Rot oder so.

SN: Man kann sich also über die offensichtlichsten Dinge nicht mehr einigen.

Genau. Man kann einander kaum noch verstehen. Man hört immer etwas anderes, als die Gegenseite meint. Es gibt so eine Eskalationsstufenskala von 1 bis 9. 1 sind Meinungsverschiedenheiten, mit denen man nicht umgehen kann. Stufe 9 ist gemeinsam in den Untergrund. Und eskalierte Konflikte, also wo man einander nicht versteht, die beginnen auf Stufe 5.

SN: Wo stehen SPD und Union gerade?

Solange der Wahlkampf lief, waren die auf 6 bis 7. Die Beschimpfungen waren enorm. Wenn ich jetzt mal

Friedrich Merz nehme, der auf den letzten Metern noch gesagt hat, „diese linken Spinner“ – das sind alles so Brocken, die jetzt im Weg liegen, wenn man sich einigen will.

SN: Wie geht es nach den Einzelgesprächen weiter? Was, wenn man merkt, dass man trotz Bemühungen und des Austausches von Argumenten nicht zusammenfindet?

Noch kurz zum ersten Schritt: Früher haben die Politiker, nachdem sie sich ordentlich beschimpft haben, also vor zehn Jahren oder auch zwanzig, wenn die sich ordentlich beschimpft haben, dann konnte man die am Abend in irgendeinem Restaurant beim Bier wiederssehen. Gemeinsam. Die konnten aus ihren Rollen aussteigen. Heute ist das mehr Persönlichkeit als Rolle. Also man meint das nicht nur als Bundestagsabgeordneter, sondern man meint das auch als Mensch: die Verachtung des anderen. So ist meine Beobachtung. Jetzt aber zu Ihrer Frage: Wenn wir erst einmal zu uns selbst gefunden haben, dann kann man danach schauen: Was ist mir wichtig? Worum geht es der anderen Seite? Wo liegen Gemeinsam-

keiten? Man kann unterschiedliche Bedürfnisse, Interessen oder Anliegen haben. Aber in welcher Handlung würden wir uns denn wiederfinden? Was könnten wir denn tun? Man kann sehr verschieden sein und kommt aber im Handeln dennoch zusammen. Was die Sache erschwert, ist, wenn eine Seite eine schwere Identitätskrise hat. In Deutschland weiß die Union so ziemlich, was sie will.

SN: Und die SPD?

Die SPD hat das schlechteste Wahlergebnis in ihrer Geschichte erzielt. Das heißt, die wissen eigentlich gerade nicht, wer sie sind. Die wissen nicht, wofür sie stehen. Und welche Personen sollen denn nun herausragend für diese noch nicht bestimmten Werte stehen? Die haben eine Identitätskrise. Das macht die Regierungsbildung so schwierig.

SN: Und gleichzeitig steht das Ganze unter einem riesengroßen Zeitdruck. Merz möchte ja bis Ostern die Regierung stehen haben. Wie soll die SPD ihre Identitätskrise bis dahin gelöst haben? Geht das so schnell?

Also ich hätte da einen Weg. Wenn in einer Mediation eines hocheskalierten Konfliktes die Parteien nicht mehr zusammenarbeiten können, dann kann man zu einer sehr kurzfristigen Vereinbarung greifen. Also ein überschaubarer Zeitraum, sechs Monate vielleicht – wo man sich darauf einigt, was könnten wir guten Gewissens im Kalenderjahr 2025 in Angriff nehmen und auch tatsächlich realisieren. Also das kurzfristig Notwendige zu tun. Weil man noch nicht genau weiß, wer man ist. Man macht das erst einmal sehr kurzfristig und nicht diese Hunderten Seiten von Koalitionsvereinbarungen wie andere vorher. Zudem: Aus diesen Verhandlungen müssen jegliche Vorwürfe ausgeschlossen werden. Die Vergangenheit wird nicht bearbeitet. Es müssen sich alle auf die Zunge beißen und bereit dazu sein, jetzt einmal nur über die Zukunft zu reden.



Gernot Barth ist Professor für Konfliktmanagement und Mediation an der Steinbeis-Hochschule. Privat streitet er recht wenig.

Die SPD auf Selbstfindungstrip

Die deutsche Kanzlerpartei ist als Koalitionspartner gefragt. Gleichzeitig ist Erneuerung angesagt – aber welche?

CORNELIE BARTHELME

BERLIN. Ist ja nicht so, dass die deutsche Sozialdemokratie keine Krisen gewohnt wäre. In gut 160 Jahren ist da etliches zusammengekommen. Gleichzeitig hat die SPD krassere Reaktionen drauf als jede andere Partei. Als einzige jemals hat sie den Gang in die Opposition bejubelt wie einen Sieg. Im Jahr 2017 war das, als sie mit ihrem Hoffnungsträger Martin Schulz nach acht Jahren GroKo mit Angela Merkel auf historisch lausige 20,5 Prozent durchsackte.

Sieben Jahre später sind der SPD mit Olaf Scholz, Kanzler immerhin, gerade mal noch 16,4 geblieben. Und frohlockt hat am Sonntag-

abend niemand mehr. Nach außen wahrte das Spitzenpersonal am Wahlabend die Contenance. Intern aber hatten da die Kämpfe um das, was von der Macht übrig bleibt, schon begonnen. Und noch in der Wahlnacht gab Co-Parteivorsitzender Lars Klingbeil bekannt, er wolle nun auch Chef der Fraktion werden. Die ist mit der Wahl – ein wenig auch wegen der Verkleinerung des Bundestags – von 207 auf 120 Mitglieder geschrumpft.

Selbstverständlich kennen auch die Sozialdemokraten die gute alte Tradition der Verantwortungsübernahme. Die überlassen Klingbeil und seine Co-Vorsitzende Saskia Esken aber für den Moment in größ-



Lars Klingbeil will einen Neuanfang – und Fraktionschef werden.

ter Freigebigkeit Scholz. Der Kanzler schüttet sich am Wahlabend einen dicken Haufen Asche aufs Haupt und Montagmittag gleich noch einmal. Gleichzeitig tun die Vorsitzenden, als hätten sie nichts zu tun mit dem Desaster, und formulieren ihre Ansprüche: Klingbeil fordert den Doppelvorsitz, Esken will Co-Parteichefin bleiben.

Vom beliebtesten Politiker der Partei wie der ganzen Republik ist bei all diesen Vorträgen nie die Rede. Boris Pistorius war nicht nur für viele in der SPD Kanzlerkandidat der Herzen. Und man könnte vor allem dem die Parteispitze dominierenden Klingbeil schon vorhalten, ihn nicht gegen den klar aussichts-

losen Scholz durchgesetzt zu haben. Also spricht Pistorius für sich selbst. Via „Bild“ fordert er Merz und die CDU/CSU auf, die steigenden Verteidigungskosten noch vom alten Bundestag absichern zu lassen – in gemeinsamer Aktion. Für den am Wahltag 47 gewordenen Parteichef heißt das auch: Pistorius, der in gut zwei Wochen 65 wird, denkt nicht daran, Klingbeils „Generationswechsel!“-Parole auf sich zu beziehen. Und er hat Unterstützer und Fans. Alexander Schweitzer, Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, preist den Verteidigungsminister im „Tagesspiegel“-Interview und fordert: „Die SPD sollte nicht auf Boris Pistorius verzichten.“